



# SV

über die  
3. Sitzung des Straßenverkehrsausschusses  
am Dienstag, dem 17.11.2009  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:20 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Marian Flörke  
Herr Heinz-Uwe Hilsmann  
Herr Peter Holtmann  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Martin Köhler  
Frau Ursula Müller  
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat  
Herr Hans-Jürgen Senne  
Herr Udo Theimann

## CDU

Herr Friedhelm Grüneberg  
Herr Wilhelm Kemna  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Frank Murmann

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Adrian Mork  
Herr Jo Achim Sandrock

## FDP

Herr Peter Büchel

## DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

## Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

## Verwaltung

Herr Matthias Breuer  
Herr Reiner Brüggemann  
Frau Ulrike Bublitz

Herr Jörg Grudnio  
Herr Norbert Koßmann  
Herr Uwe Liedtke  
Herr Jens Neunert

**Gäste**

Herr Michael Meerkötter, Kreis Unna

**Entschuldigt fehlte**

Herr Martin Wiggermann

Frau **Müller** begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitglieder der Verwaltung, die Vertreter der Presse und den Referenten, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Um die Möglichkeit zu eröffnen, evtl. anwesende Sachverständige mit zu verpflichten, wurde die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 1 und 2 mit Zustimmung der Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses getauscht.

Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte wurde nicht gewünscht.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses der Stadt Kamen	131/2009
2	Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder	
3	Optimierung der Lichtzeichenanlagen an den Kreuzungen Hochstraße / Lünener Straße / Westring und Auf dem Spiek / Kämertorstraße / Westring sowie Nordring / Stormstraße hier: Bericht des Ing.-Büros svt consult	
4	Kreisverkehrsplatz Lindenallee (L 821) / Westicker Straße (K 40) hier: Bericht des Leiters des Bauamtes bei der Kreisverwaltung Unna, Herr Michael Meerkötter	
5	Bewerbung der Stadt Kamen um die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe "Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden"	130/2009
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

**A.**  
Zu TOP 1.  
131/2009

## **Öffentlicher Teil**

Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des  
Straßenverkehrsausschusses der Stadt Kamen

### **Beschluss:**

An den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses nehmen je ein  
Vertreter

- des Fachbereichs Verkehr der Kreisverwaltung Unna  
(Straßenverkehrsamt),
- der Kreispolizeibehörde Unna,
- der Polizeiinspektion Nord in Kamen,
- der Kamener Interessengemeinschaft der Gewerbetreibenden e. V.  
(KIG),
- des AC Kamen im ADAC e. V.,
- des ADFC e. V., Ortsgruppe Kamen-Bergkamen-Bönen,
- der Kreisverkehrswacht Unna e. V.,
- der VKUmbH und
- der Freiwilligen Feuerwehr Kamen

als Sachverständige teil.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder

Frau **Müller** nahm die Verpflichtung der anwesenden neuen  
Ausschussmitglieder -soweit in dieser Wahlperiode noch nicht geschehen-  
vor.

Zu TOP 3.

Optimierung der Lichtzeichenanlagen an den Kreuzungen Hochstraße /  
Lünener Straße / Westring und Auf dem Spiek / Kämertorstraße / Westring  
sowie Nordring / Stormstraße  
hier: Bericht des Ing.-Büros svt consult

Frau **Müller** entschuldigte den Mitarbeiter des Ing.-Büros svt consult, der  
kurzfristig erkrankt sei und deshalb den Bericht nicht abgeben könne.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass der Inhaber des Ing.-Büros, Herr  
Pohnke, stattdessen einen umfangreichen Sachstandsbericht zugemailt  
habe.

Eingangs stellte Herr **Brüggemann** fest, dass nach Vorstellung der  
Machbarkeitsstudie durch Herrn Pohnke in der Sitzung des  
Straßenverkehrsausschusses am 11.03.2008 bis zur Erstellung des  
Signalplanes als Grundlage für die Ausschreibung der LZA`en eine Menge  
Zeit verstrichen sei. Durch einen Antrag aus dem politischen Raum habe es  
nochmals eine Erörterung gegeben, die ebenfalls Einfluss auf die Zeitachse

gehabt habe. In die weitere Bearbeitungszeit hinein, sei im Sommer 2009 auf Grundlage des im letzten Jahr in Kraft getretenen Behindertengleichstellungsgesetzes ein Leitfaden für Behinderte erschienen, welcher bei der Neuanlage von LZA` en den Einbau von akustischen und taktilen Signalen (Vibrationen in den Anforderungstastern) und das Einbauen von Bodenindikatoren vorschreibt.

Da der Landesbetrieb auf einer solchen Ausstattung bestehe, musste Herr Pohnke diese Signalgruppen noch einmal zusätzlich in seine Planungen einfügen.

So erfolge an der 1. LZA eine Aufstockung von ursprünglich 19 Signalgruppen auf 41 Signalgruppen und an der 2. LZA eine Aufstockung von ursprünglich 28 Signalgruppen auf 55 Signalgruppen.

Bezüglich der geforderten Bodenindikatoren sei am 16.11.2009 mit der Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Behindertenbeirates ein Abstimmungsgespräch geführt worden, um abzuklären, welche Beschaffenheit die Bodenindikatoren haben sollten.

Dabei wurde das von der Verwaltung favorisierte System (s. unten stehende Aussage des Herrn Neunert) vorgestellt und als geeignete Grundlage für die Kreuzungen, an denen Bodenindikatoren einzubauen sind, angesehen.

Nach Abstimmung mit den Vertretern des Behindertenbeirates sollen diese Art der Bodenindikatoren als Standard für alle zukünftigen Baumaßnahmen (z. B. Bahnhofsumfeld) dienen.

Die Verwaltung und insbesondere der Gutachter arbeiteten daran, dass die Ausschreibungsunterlagen noch bis zum 30.11.2009 dem Landesbetrieb übergeben werden könnten, damit noch in 2009 eine Vergabe erfolgen könne.

Anschließend wurden von Herrn **Neunert** (Fachbereich Bauen) anhand einer Power-Point-Präsentation die Kreuzungen mit den geplanten taktilen Bodenplatten, die in Aufmerksamkeitsfelder und Richtungsfelder unterteilt werden, vorgestellt.

Ebenso erläuterte er im Detail auch die Querung von Radwegen.

Frau **Müller** erfragte, wer die Kosten der Bodenplatten zu tragen habe.

Herr **Brüggemann** erwiderte hierzu, dass die Kosten, die auf die Gehwegbereiche entfielen, von der Stadt Kamen getragen werden müssten, und diese sich auf ca. 60.000,00 € beliefen.

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW habe für die Ausstattung der Gehwege mit taktilen Bodenplatten Richtlinien erlassen.

Tatsache sei, dass nach den Richtlinien des Landesbetriebes NRW von der Stadt Kamen Bodenplatten mit kleinen Hochborden eingebaut werden sollen. Dies hätte zur Folge, dass die erst vor kurzem im Stadtgebiet abgeschlossene Maßnahme „Absenkung aller Bordsteine für Rollstuhlfahrer und für Personen mit Rollatoren“ wieder überarbeitet werden müsste.

Um das zu vermeiden, würden zur Zeit mit dem Landesbetrieb Gespräche geführt.

Man gehe davon aus, dass der Forderung nach Abweichungen von den Richtlinien entsprochen werde.

Dies sei mit Blick darauf, dass die vorgestellte Ausstattung mit Boden-

platten weitestgehend Standard in Kamen sein soll, sehr wichtig.

Die Anfrage von Frau **Middendorf**, ob denn bei einem Einbau von Bodenplatten die akustischen wie auch die taktilen Signale gleichwohl installiert würden, wurde von Herrn **Brüggemann** bejaht.

Herr **Liedtke** verwies darauf, dass beabsichtigt sei, die vorgestellten Bodenplatten auch an den Gehwegen der geplanten Kreisverkehre im Bahnhofsumfeld und später auch an den Gehwegen des Kreisverkehrs Germaniastraße / Händelstraße / Robert-Koch-Straße / Wasserkurlerstraße einzubauen.

Herr **Meerkötter** gab bekannt, dass seitens des Kreises Unna die für das Jahr 2009 eingestellten Haushaltsmittel für die Optimierung der in Rede stehenden Lichtzeichenanlagen ins Haushaltsjahr 2010 übernommen würden.

Dies sei deshalb erforderlich, weil die Kreisverwaltung Unna sich an den Optimierungsmaßnahmen der LZA an der Einmündung Nordring / Stormstraße beteiligen müsse.

Die Mitteilungen wurden von den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses positiv aufgenommen.

Zu TOP 4.

Kreisverkehrsplatz Lindenallee (L 821) / Westicker Straße (K 40)  
hier: Bericht des Leiters des Bauamtes bei der Kreisverwaltung Unna, Herrn Michael Meerkötter

Herr **Meerkötter** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass sich an dieser Stelle eine viel befahrene Landstraße mit einer viel befahrenen Kreisstraße kreuzt und es in der Vergangenheit immer wieder zu teilweise schweren Unfällen gekommen sei.

Die in mehreren Jahren vorgenommenen Entschärfungsmaßnahmen, wie Ausschildern von Stop-Schildern in Peitschenform, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 50 km/h, Aufbringen von Sperrflächen und Aufstellen von Pollern, hätten leider nicht zur generellen Unfallbeseitigung geführt. Aus diesem Grund habe sich die Unfallkommission darauf geeinigt, dass hier nur noch die Anlegung eines Kreisverkehrs oder die Errichtung einer Lichtzeichenanlage Abhilfe schaffen könne.

Die anschließend zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, der Kreisverwaltung Unna und der Stadt Kamen geführten Gespräche seien darauf hinausgelaufen, dass das Land NRW einen Kreisverkehr frühestens für 2015 / 2016 für realisierbar gehalten habe.

Um einen Kreisverkehr dennoch vorzeitig zu bauen zu können, sei vereinbart worden, dass die Kreisverwaltung Unna einen größeren finanziellen Anteil leiste und der Landesbetrieb Straßenbau NRW die Kosten, die er für die Errichtung einer Lichtzeichenanlage hätte aufbringen müssen, nunmehr für den Bau des Kreisverkehrs einsetze.

Entsprechende Haushaltsmittel seien Mitte des Jahres zugewiesen worden

und weitergehende Planungen erfolgt. Hierbei sei auch eine ausreichende Beleuchtung berücksichtigt worden.  
Anschließend seien Gespräche mit den Versorgern geführt und die Maßnahme ausgeschrieben worden.

Dem Bau- und Planungsausschusses des Kreises Unna werde die Maßnahme Mitte Januar 2010 zwecks Beschlussfassung vorgestellt. Nach Beschlussfassung werde die Maßnahme unverzüglich vergeben, so dass vorgesehen sei, mit den nötigen Erdarbeiten Ende Januar / Anfang Februar 2010 zu beginnen.

Es werde davon ausgegangen, dass bis Ende März 2010 die Baumaßnahme beendet sei.

Von Frau **Müller** und den übrigen Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses wurden diese Ausführungen begrüßt.

Zu TOP 5.  
130/2009

Bewerbung der Stadt Kamen um die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe "Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden"

Bewerbung der Stadt Kamen um die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“

Frau **Müller** stellte fest, dass die Verwaltung eine umfangreiche Vorlage vorgelegt habe.

Herr **Breuer** berichtete, dass vor über einem Jahr die Stadt Kamen durch ein Schreiben des ADFC`s auf die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“ aufmerksam geworden sei.

Vor ca. einem Jahr seien 46 Kommunen Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft gewesen; heute seien es bereits 56. Der Kreis Unna sei vor einigen Tagen Mitglied geworden.

Die Stadt Kamen habe ihn Ende des Jahres 2008 zum Radverkehrsbeauftragten ernannt.

Bei der Aufnahmen in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“ sei nicht die Anzahl der Radwege entscheidend, sondern ob besondere Maßnahmen für Radfahrer, wie die Errichtung von Schutzstationen und Fahrradstationen etc, geschaffen worden seien. Weitere wichtige Kriterien für die Aufnahme könnten z.B. auch Veranstaltungen, auf denen auf die Klimafreundlichkeit des Radfahrens hingewiesen werde, bzw. kurzzeitige Sperrungen von Straßen sein. Ferner würden auch zukunftsweisende Maßnahmen, wie beispielsweise die Erstellung eines Radverkehrsberichtes, welcher fortlaufend überarbeitet werde, positiv bewertet.

Seitens der Stadt Kamen sei nun der Radverkehrsbericht aus dem Jahre 2003 aktualisiert worden.

Die aktuelle Fassung werde noch in dieser Sitzung an alle Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses verteilt.

Anschließend stellte er den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses die Bewerbungsunterlagen mittels einer PowerPoint-Präsentation vor.

Zum weiteren Ablauf der Bewerbung führte Herr **Breuer** Folgendes aus:

Die Bewerbungsunterlagen seien letzte Woche an das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW versandt worden.

Seitens des gen. Ministeriums sei geplant, noch in diesem Jahr eine Vorbereitung per Fahrrad durch das Stadtgebiet von Kamen zu unternehmen.

Die Bereisung durch die Hauptbewerbungs-Kommission werde aller Wahrscheinlichkeit nach im April 2010 stattfinden.

Von den Mitgliedern der Vorauswahlkommission werde den Bewerbern mitgeteilt, wo Verbesserungen angebracht seien bzw. welcher Art diese sein sollten.

Einige Zeit später erfolge dann eine weitere Bereisung. Die Bereisungen würden gegebenenfalls auch 3 bis 4 mal wiederholt werden.

Frau **Müller** erkundigte sich, inwieweit denn die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft zu Vorteilen ver helfe, wie beispielsweise eine schnellere Bereitstellung von beantragten Fördermitteln.

Herr **Breuer** erklärte hierzu, dass Vorteile nur in einem besseren Image zu sehen seien.

Von Herrn **Meerkötter** wurde ergänzt, dass der Kreis Unna – wie bereits erwähnt – ja bereits Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft sei und das beschriebene Verfahren durchlaufen habe.

Die Mitglieder der Prüfkommisionen würden nach besonderen Fördermaßnahmen für den Radverkehr, beispielsweise das Vorhandensein eines Fahrradhotels, fragen.

Herr **Breuer** und Herr **Liedtke** merkten ferner an, dass eine Kommune grundsätzlich verkehrliche Belange unter dem Aspekt „Fahrradfreundlichkeit“ zu sehen habe, auch wenn man nicht Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sei.

Wichtig sei hierzu die Einstellung des Rates bzw. der Verwaltung einer Kommune. Bei der Anlage von Kreisverkehren und Mittelinseln solle beispielsweise immer die Führung des Radverkehrs eine wichtige Rolle spielen.

Bei der Bewertung bzgl. der beantragten Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft sei den Mitgliedern der Prüfkommision wohl bewusst, dass nicht alles Wünschenswerte realisierbar sei.

Herr **Büchel** erfragte, wie denn die Radwegführung über die Seseke im Zusammenhang mit der geplanten neuen Verkehrsführung von der Westicker Straße zur Dortmunder Allee nebst geplanter Unterführung unter der Bahnlinie (sogenannte Südkamener Spange) angedacht sei.

Herr **Meerkötter** erwiderte hierzu, dass in dieser Angelegenheit ein Gespräch mit der Bezirksregierung geführt worden sei, in dem erklärt worden sei, dass der von der Stadt Kamen geplante Radweg mit in die Planungen des Kreises Unna übernommen werden solle.

Der Kreis Unna sei diesbezüglich von der Stadt Kamen gebeten worden, die Planung entsprechend zu erweitern und die städtischen Maßnahmen im Rahmen des Baus der sogenannten Spange mit auszuführen, wobei die Kosten von der Stadt Kamen getragen würden.

Die Vorplanungen seien daraufhin erstellt und der Bezirksregierung wie

auch der Deutschen Bahn AG (DB AG) Ende des Jahres 2008 vorgestellt worden.

Von der DB AG sei damals ein Baubeginn für das Brückenbauwerk im August 2009 angekündigt worden.

Wie bekannt wurde, habe die DB AG jedoch erst im Jahre 2009 die Planung für das Brückenbauwerk in Auftrag gegeben. Von daher könne davon ausgegangen werden, dass die DB AG beabsichtige, die Brücke tatsächlich zu bauen.

Möglicherweise werde sich der Baubeginn der Brücke auch über das Jahr 2010 hinaus verschieben, z. B. in die Jahre 2011 bzw. 2012.

Seitens des Kreises Unna werde daher erst mit dem Bau der Straße und des Radweges begonnen, nachdem die DB AG mit den Baumaßnahmen begonnen habe.

Die Kreisverwaltung Unna beabsichtige nicht, von örtlichen wie überörtlichen Medien in der Form an den Pranger gestellt zu werden, eine Straße zu bauen, die im Nirgendwo ende.

Frau **Müller** bedankte sich bei Herrn Meerkötter für die Informationen.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1

Mitteilungen der Verwaltung

6.1.1

Anhand einer Bildprojektion stellte Herr **Liedtke** den geplanten Bau einer Mittelinsel auf der Dortmunder Allee, am Einmündungsbereich der Borsigstraße und der Hansastrasse, vor.

Benötigt werde diese Querungshilfe in erster Linie für den Radverkehr, welcher von der Borsigstraße kommend über die Hansastrasse dann sicherer den Stadtteil Kamen-Süd erreichen könne.

Nach Gesprächen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW habe sich dieser bereit erklärt, den „Löwenanteil“ an den Kosten für den Straßenumbau zu übernehmen.

Die Kosten für den Bau der Mittelinsel – ca. 25.000,00 € in 2010 – müsse die Stadt Kamen finanzieren.

Es sei geplant, den Bau der Mittelinsel noch im Jahre 2010 zu realisieren, wobei ein Zeitpunkt für den Baubeginn noch nicht benannt werden könne.

6.1.2

Anschließend stellte Herr **Liedtke** anhand einer Power-Point-Projektion Planungen über die Neugestaltung der Bahnunterführung an der Bahnhofstraße / Poststraße vor.

Es sei geplant, die Anlage für Fußgänger und Radfahrer sicherer, größer und freundlicher zu gestalten.

Bisher sei eine Überarbeitung finanziell nicht zu stemmen gewesen. Da der Verwaltung aufgrund des Konjunkturpaketes II weitere Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden seien, könnten nun die Kosten für die Neugestaltung – ca. 900.000,00 € - vollständig aus diesem Paket getragen werden.

Die geplante Unterführung würde in etwa so gestaltet, wie die Unterführung am Roggenkamp, d. h., die Rampen zu verlängern und besser zu führen.

Herr **Mork** stellte die Frage, ob denn eine bauliche Trennung zwischen

Fußgängern und Radfahrern vorgesehen sei, wie bei der Unterführung am Bahnhof in Unna.

Herr **Liedtke** erklärte hierzu, dass eine Trennung markierungstechnisch geplant sei, indem vorgesehen sei, den Radweg „rot“ und den Gehweg „grau“ zu markieren und entsprechende Piktogramme aufzutragen. Für eine bauliche Trennung fehle der Raum.

Die Planungen sähen ferner vor, die Rampen behindertengerechter – nur bis zu 6 % Steigung – zu gestalten, wodurch sich deren größere Länge erkläre.

Dadurch bedingt müssten die Radunterstände am Bahnhof versetzt und 2 Platanen gefällt werden. Ferner würden 3 Parkbuchten an der Borsigstraße entfallen.

Herr **Holtmann** erkundigte sich, was mit den Wertstoffcontainern geplant sei, die derzeit an der Rampe an der Borsigstraße platziert seien.

Hierzu erwiderte Herr **Liedtke**, dass hierfür ein anderer Standort gesucht werde.

### 6.1.3

Herr **Liedtke** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass am 10.12.2009 eine gemeinsame Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses einberufen würde.

Zur Beratung stünde die Vorstellung der Entwurfsfassung des Lärmaktionsplanes an.

Es handele sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach dem Landesimmissionsschutzgesetz.

## 6.2

### Anfragen

#### 6.2.1

Herr **Holtmann** teilte mit, dass er an der Ausfahrt vom Aldi-/Rewe-Gelände auf die Lünener Straße beobachtet habe, dass bei der Ausfahrt eines Pkw`s aus dem genannten Bereich beinahe Personen angefahren worden seien. Da es dort aufgrund des erhöhten Fußgängerverkehrs immer wieder zu gefährlichen Situationen kommen könne, bitte er zu prüfen, ob die Ausfahrt nicht abgebunden werden könne.

Von der Verwaltung wurde eine Überprüfung und eine Beantwortung durch die Niederschrift bzw. in der nächsten Sitzung zugesagt.

#### 6.2.2

Herr **Büchel** fragte an, wie lange sich die Arbeiten an der Brücke über die Hochstraße, Nähe der Kreuzung Autobahnauffahrt / Zollpost, noch hinziehen werden.

Herr **Liedtke** erwiderte hierzu, dass man im Zeitplan sei und die Arbeiten noch ca. 3 Wochen andauern würden.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

Frau **Müller** schloss die Sitzung um 18.20 Uhr.

gez. Ursula Müller  
Vorsitzender

gez. Ulrike Bublitz  
stellv. Schriftführer/in